

Am Ende der Glaubwürdigkeit?!



Warum koloniale Kontinuitäten unsere Zukunftsfähigkeit bedrohen

Das koloniale Erbe prägt die Welt bis heute. Gerade in Deutschland existiert hierfür jedoch kaum ein breites gesellschaftliches Bewusstsein. Die Gründe dafür sind komplex. Neben ökonomischen Interessen spielt hier auch eine selektive Wahrnehmung der Bedeutung von Geschichte für unsere heutige Welt eine wichtige Rolle. Warum hält sich dieses Erbe so hartnäckig? Warum sollte es zunehmend im allgemeinen Interesse überwunden werden? Um auf diese Fragen Antworten zu finden, befassen wir uns im Folgenden vor allem mit afro-europäischen Kontexten. Sie sind aber trotz aller Unterschiede auch für andere Süd-Nord-Kontexte kennzeichnend. Im innergesellschaftlichen Kontext betrachten wir den Umgang mit einer immer größer werdenden nicht-weißen Bevölkerung in Deutschland, die nach wie vor trotz punktueller Fortschritte nicht angemessen berücksichtigt und repräsentiert wird. Auch hier finden sich trotz aller Unterschiede Parallelen zur innergesellschaftlichen Situation in anderen weiß-dominierten Gesellschaften. Der Versuch, folgende Überlegungen in eine zwischen- sowie innergesellschaftliche Dimension zu unterteilen, ist der besseren Übersichtlichkeit geschuldet. Selbstredend gibt es zwischen beiden Dimensionen sich gegenseitig beeinflussende Querverbindungen, die entsprechend berücksichtigt werden. „Ressort- oder Silodenken“ ist hier also nur bedingt möglich. Auch Folgendes wollen und können wir nicht unberücksichtigt lassen: Die Gruppe der „Verlierer*innen“ auf der vermeintlichen „Gewinner*innenseite“ wächst auch stetig. Die Gruppe der tatsächlichen Nutznießer*innen einer auf kolonialen Umverteilungsprozessen beruhenden Ordnung schrumpft also. Dies ist ein sicheres Anzeichen dafür, dass Mächteverlagerungen auf der globalen Ebene längst Realität sind. Auch vor diesem Hintergrund muss daher der Frage nachgegangen werden, warum wir nicht „nur“ aus moralischen Gründen, sondern aus ureigenem Interesse heraus endlich die Lücke zwischen dem propagierten moralischen Anspruch einerseits und der politischen und ökonomischen Realität andererseits endlich bestmöglich schließen müssen.

Eine historisch gewachsene Doppelmoral

Beziehung auf Augenhöhe. Wer kennt diesen Ausdruck nicht? Im Kontext globaler Süd-Nord-Beziehungen wird der Begriff schon dermaßen inflationär gebraucht, dass Ungleichheiten längst der Vergangenheit angehören würden, wenn sie mit jedem Mal, in dem diese hehre Absichtserklärung ausgesprochen worden ist, ein wenig kleiner geworden wären. Viele Menschen etwa insbesondere mit einem persönlichen Bezug zum Globalen Süden wissen – salopp formuliert – nicht mehr, ob sie lachen oder weinen sollen, wenn dieser Ausdruck mal wieder feierlich von Akteur*innen genutzt wird, die sich dabei stets selbst auf die eigene Schulter klopfen, solange bloß keine tatsächlich existierende Augenhöhe ihre eigene Position gefährdet. Selbstredend gibt es ein Heer an Aktiven bei uns, die tagtäglich privat oder beruflich tatsächlich historisch gewachsene Ungleichheiten

überwinden wollen. Ihnen zollt Respekt. Denn sie tragen – oft unbewusst – ihren Teil zur Realisierung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) bei, die unter dem Strich die Verringerung von Ungleichheiten in und zwischen Staaten fordern (siehe dazu auch SDG 10). Aber so wichtig auch ihr Einsatz ist und so sehr Gruppen von benachteiligten Menschen davon profitieren: Das schiefe Big Picture tangieren sie bisher – noch – nicht ernsthaft.

Der Ausdruck einer „Beziehung auf Augenhöhe“ umfasst jenseits der rein individuellen, zwischenmenschlichen Ebene sowohl eine inner- als auch eine zwischengesellschaftliche Dimension. Idealtypisch wird der Ausdruck stark von der Grundannahme der Gleichwertigkeit verschiedener miteinander interagierender Akteur*innen geprägt. Zu Ende gedacht heißt das auch, dass die Perspektiven einer wie auch immer definierten „Wir“-Gruppe nicht auf Kosten von Perspektiven in anderen Gruppen aufgebaut bzw. aufrechterhalten werden. Die Idee einer universellen Gleichheit bzw. Gleichwertigkeit, die sich ab der sogenannten „Neuzeit“ in Europa bzw. in der entstehenden christlich-abendländischen Welt beiderseits des Atlantiks allmählich entwickelte und beispielsweise auch in der Verfassung der „ältesten Demokratie der Welt“ (USA) sinngemäß in Form des Satzes „all men are created equal“ festgehalten worden ist, entstand simultan mit der Entstehung des Westens, die maßgeblich durch den transatlantischen Versklavungshandel und Kolonialismus geprägt wurde. Genauer gesagt muss man „wieder entstehen“ sagen, denn auch frühere Demokratien – zum Beispiel das antike Griechenland – wiesen Merkmale auf, die auch die „modernen“ Demokratien kennzeichnen: Vereinfacht gesagt haben wir uns immer mehr innere ökonomische und geistige Freiheit und Gleichheit leisten können, desto stärker wir die Welt ökonomisch dominierten. Unfreiheit(en) wurden zunehmend ausgelagert. Wachsenden Perspektiven einerseits bedeute(te)n wachsende Perspektivlosigkeit andererseits. Ein Großteil unserer Werte war also nicht die Grundlage der Entstehung einer christlich-abendländisch dominierten Welt, sondern die Folge. In der Antike wie in der „Neuzeit“ verfassten Menschen einerseits hehre moralische Grundsätze, während sie zugleich in Gesellschaften lebten, in der die Versklavungsökonomie einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellte. Die „Neuzeit“ und die „Renaissance“ (und später auch die „Aufklärung“) – in unseren Breitengraden durchweg positiv besetzte Begriffe – beendeten 1000 Jahre Mittelalter durch das Wiederanknüpfen am antiken Modell.

Die Versklavungsökonomie der „Neuzeit“ unterschied sich jedoch in einem Punkt grundlegend von der Praxis der Antike: Durch das Kultivieren von Rassismus – Kind der Entstehung des transatlantischen Raums – konnte die Wahrung ökonomischer Interessen und des „sozialen Friedens“ erstmals dauerhaft über äußerliche Merkmale gesichert werden. In einem über viele Jahrhunderte

andauernden Prozess wurden immer mehr nicht-weiß gelesene Menschen dehumanisiert, während die (zum Teil „nur“ gefühlte) Freiheit und Gleichheit unter den weiß gelesenen Menschen wuchs – mit fatalen Folgen für die Gegenwart: Die Versklavungspraxis der Antike ließ keine fixe hautfarbenbasierte „Rassen“-Hierarchie entstehen. Emanzipationsprozesse nach der individuellen Befreiung Versklavter bzw. nach der generellen Abschaffung von Versklavungsökonomien verliefen erfolgreicher. Ehemalige Versklavte bzw. ihre Nachfahren wurden buchstäblich unsichtbar. Anders heute: Obwohl der transatlantische Versklavungshandel und der Kolonialismus offiziell Vergangenheit sind, ist das Erbe allgegenwärtig. Der Rassismus und die damit verbundenen hautfarbenbedingten Hierarchisierungen und Zuschreibungen haben sich verselbstständigt. Die „Farbgefängnisse“ bestehen weiter. Und wir alle sind mehr oder weniger in ihnen gefangen – egal, an welchem Ende der „Rassen“-Hierarchie. Das ist auch ein wesentlicher Geburtsfehler des Westens und „unserer“ hehren Werte. Bisher haben wir ihn nie entschlossen korrigiert und scheinbar mussten wir das auch nicht. Denn: Lange hatten wir global gesehen das letzte Wort. Heute werden die negativen sowie positiven Outputs einer transatlantischen Umverteilungsgeschichte meistens isoliert voneinander betrachtet. Die Zusammenhänge sind kaum präsent. Gründe dafür: Unwissen, Verdrängung oder bewusste Leugnung. Der panafrikanische Denker W.E.B. Du Bois (1868-1963) sprach treffend von einer Geschichte der Betonungen und Auslassungen. So entsteht eine paradoxe Situation: Strukturell Privilegierte möchten die Welt gerechter machen – ohne jedoch auch nur auf den kleinsten Teil ihrer Privilegien zu verzichten. Da die Unrechtsgeschichte, die ihre Privilegien ermöglichte, nicht Teil der Geschichte der Erlangung ebendieser Privilegien zu sein scheint, empfinden die meisten Menschen die Abgabe eines Teils ihrer Privilegien zugunsten benachteiligter Gruppen als ungerecht. Würden Ungleichheiten gemäß der oben angerissenen zentralen Forderung der SDGs wirksam reduziert werden, würde auch SDG 17 – gleichberechtigte zwischenstaatliche Partnerschaften zur Erreichung der sozial, ökonomisch und ökologisch motivierten 17 Ziele – eine echte Chance auf Verwirklichung haben. Tatsächlich läuft jedoch noch immer vieles auf eine Bestandswahrung hinaus. Augenhöhe wird so nicht hergestellt.

Klar, strukturelle Machtasymmetrien und Formen der Diskriminierung sind keine Erfindung des Westens. Viele Weltgegenden wiesen bereits sogenannte „Hochkulturen“ auf, als sich Europa noch in der Jungsteinzeit befand. Und dass Europas erste „Entwicklungsimpulse“ von außen kamen, kann auch nicht ernsthaft bestritten werden. Hier darf nichts romantisiert werden. Aber was zählt denn zu den aktuellen globalen und innergesellschaftlichen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, die maßgeblich auf die transatlantische Umverteilungsgeschichte zurückgehen und aufrechterhalten oder gar gefördert werden? Salopp: Was kam Neues dazu ab Kolumbus und Co.? Kurz: Die besonders

sichtbare und bereits angerissene Form der strukturellen Diskriminierung namens Rassismus, der zunehmend eine wirtschaftlich motivierte Zweiteilung der Welt in Globalen Norden und Süden absicherte, Klimaungerechtigkeit und ein inhumaner Umgang mit Geflüchteten. Wenngleich die strukturelle ökonomische Ungleichbehandlung sowohl in als auch zwischen Gesellschaften so alt wie sogenannte „Hochkulturen“ selbst ist, und auch Vertriebene und Geflüchtete selten in der Geschichte mit offenen Armen empfangen worden sind, darf die Bedeutung von Rassismus als neues wirkmächtiges Instrument zur Absicherung ökonomischer und (sicherheits-)politischer Interessen ab der europäischen Expansion nicht unterschlagen werden. Entlang konstruierter Hautfarben konnten und können sich exklusive Solidarität und Empathielosigkeit mithilfe einer oftmals unterbewussten und de facto institutionalisierten Doppelmoral besonders gut ausbreiten und verfestigen.

Koloniale Kontinuitäten im Globalen Süden...

Trotz der formellen Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonial- und Mandatsgebiete ist der Einfluss ehemaliger Kolonial- und Imperialmächte immens. Das betrifft Bereiche der Wirtschaft, geostrategische bzw. sicherheitspolitische Aspekte sowie finanzpolitische Bereiche. Letzteres geht so weit, dass etwa die finanzpolitische Souveränität ehemaliger Kolonien durch die ehemalige Kolonialmacht verhindert wird. So wird die Währung von 14 afrikanischen Staaten noch heute in Frankreich gedruckt bzw. geprägt, wo sich auch der größte Teil der Währungsreserven befindet. Dass diese bis zur Euro-Einführung an den französischen Franc gekoppelte Währung (Franc CFA) nun an den Euro gekoppelt ist, zeigt, dass andere europäische Nationen – auch und gerade wir Deutschen als größte Exportnation des Kontinents – diese offen neokoloniale Politik Frankreichs viele Jahrzehnte nach dem Ende der Kolonialzeit absegneten. Kaum ein Bereich, in dem der Globale Norden mit dem Globalen Süden in Interaktion tritt, ist frei von kolonialen Kontinuitäten. Ein Beispiel ist auch die durch ungleiche Visavergabepraktiken stark beeinträchtigte Bewegungsfreiheit von Bürger*innen in bzw. aus Ländern des Globalen Südens. Während wir als selbsternannte Weltbürger*innen entsprechend unserem Geldbeutel die Welt bereisen können, wird die gleiche Intention eines Menschen aus dem Globalen Süden kriminalisiert – sofern er nicht mit einem Stipendium, durch Heirat oder Ähnliches in den Globalen Norden gelangte. Und von ihrer Intention her begrüßenswerte Instrumente wie etwa die Genfer Flüchtlingskonvention sind ganz offensichtlich nicht für den Großteil der Menschen aus den Globalen Süden gedacht, wie ihre zunehmende Aushöhlung angesichts steigender Migrationsbewegungen aus dem Globalen Süden zeigt.

Der Kampf um eine gerechtere Weltwirtschaft, die auch zunehmend Perspektiven im Globalen Süden schaffen und den Migrationsdruck in Richtung Globaler Norden senken würde, gestaltet sich zäh und

läuft immer wieder auf Minimalkonsense hinaus. Das tut etablierten ökonomischen Strukturen nicht wirklich weh. Aber nur so hat zum Beispiel so etwas wie ein von der Idee her begrüßenswertes Lieferkettengesetz zur besseren Ahndung von Menschenrechtsverletzungen und Missachtungen von ökologischen Standards überhaupt eine Chance auf eine ansatzweise Realisierung. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil verbildlichte diesen Spagat zwischen menschenrechtlichen und ökologischen Erwägungen einerseits sowie ökonomischen Erwägungen andererseits anschaulich, indem er die Debatte um die Ausgestaltung eines Lieferkettengesetzes wie folgt kommentierte: „Kriegen wir ein Lieferkettengesetz, das den Namen verdient, oder eines, das den Namen nicht verdient? Man kann auch sagen: Die Wahl zwischen Tiger und Bettvorleger.“ Was wir nun tatsächlich als Lieferkettengesetz bekommen haben, ist ein Anfang, ein Kätzchen. Wieder heißt es: Besser als nichts! Richtig. Aber wenn „besser als nichts“ zum Synonym für das maximal Erreichbare wird, das de facto ein Minimalkonsens ist, kann das der Glaubwürdigkeit entsprechender politischer Maßnahmen großen Schaden zufügen. Und das Beispiel ist kein Einzelfall. Insbesondere dann, wenn die Missachtung von Menschenrechten im Rahmen der globalisierten Ökonomie offenkundig wird, geraten Politik und Wirtschaft immer wieder unter Zugzwang. Oft gibt es dann Schritte in die richtige Richtung. Ein Beispiel: Nach dem Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch 2013 mit weit über 1000 Toten kam in Deutschland schnell ein Textilbündnis zustande, welches die Arbeitsbedingungen in den Ländern des Globalen Südens verbessern sollte. Um auch die Branchenriesen zu gewinnen, wurden Standards niedrig gehalten und auf das Prinzip der Freiwilligkeit gebaut. Profitinteressen wurden kaum tangiert. Internationale Nutznießer*innen, aber auch die lokalen Profiteur*innen – meist eine verschwindend kleine Elite – geraten nicht wirklich in Bedrängnis. Ihre Aussichten auf Gewinne auf Kosten ausgebeuteter Menschen werden nicht nennenswert geschmälert.

In der Logik des „Besser-als-nichts“ könnte man unter alle auf Minimalkonsense hinauslaufende Verbesserungen einen Haken setzen. Und wenn man für sich beschließt, dass jede einzelne Person, die von diesen ursprünglich oftmals ambitionierten, am Ende doch häufig sehr „verwässerten“ Regelungen profitiert, die Sache wert war, dann könnte man schließen: Die Richtung stimmt. Alles gut also. Ende der Überlegungen. Letzteres wird ja auch nicht zuletzt von einem Großteil der prekär Beschäftigten selbst bejaht: Bevor zu hohe Arbeits- und Umweltstandards dafür sorgen, dass Konzerne Kapital abziehen und neue, billigere Produktionsstätten suchen, arrangiert man sich mit der Situation. Lieber eine schlecht bezahlte, gefährliche und gesundheitsschädliche Arbeit, als gar keine – so die aus individueller Perspektive der Betroffenen durchaus nachvollziehbare Argumentation. In ihrer Summe stabilisieren diese prekär Beschäftigten bzw. ihre notgedrungene Verfügbarkeit paradoxerweise eine längst vielfach

degenerierte Ökonomie auf der globalen Makroebene. Und: Ungleichheiten innerhalb von Gesellschaften des Globalen Südens selbst, die teils älter als externe Einflüsse sind, teils erst im Zuge des externen Einflusses entstanden, werden bewusst aufrechterhalten. (Inter)Nationale Kontrollmechanismen – von Bündnissen bis hin zu Siegeln – können sicher hilfreich sein. Ein Garant für eine tatsächliche Überwindung einer ausbeuterischen Weltökonomie sind sie nicht. In einigen Fällen entsteht hier gar ein regelrechter moderner Ablasshandel, sowohl auf Produzent*innen- als auch auf Konsument*innenseite. Salopper: Ein paar Siegel hier und da, und weiter mit dem business as usual. Das lässt an die „show plantations“ in den US-Südstaaten im 19. Jahrhundert denken. Da wurden externen Kontrolleuren glückliche, gut genährte Versklavte gezeigt. Dass die Realität eine andere war, wissen wir heute. Auch ein Teil der damaligen Kontrolleure hätte es besser wissen können, wenn der entsprechende Wille dazu da gewesen wäre.

Wichtig: Siegel sind von ihrer Intention her begrüßenswert. Nur, dass hier kein falscher Eindruck entsteht. Sie können sicherlich zum einen die Produktionsbedingungen punktuell verbessern und zum anderen Konsument*innen als Orientierung dienen. Aber das blinde Vertrauen von Verbraucher*innen in Siegel und andere Kontrollmechanismen zur Eindämmung der Ausbeutung von Mensch und Umwelt wird auch ausgenutzt. Immer wieder gibt es hier Skandale. Hinzukommt, dass viele Konsument*innen den Einfluss gesiegelter Produkte bei der Überwindung makroökonomischer Ungleichheiten überschätzen bzw. nicht selten in erster Linie ihr eigenes Gewissen beruhigen wollen. Das ist kein Aufruf dazu, es doch ganz sein zu lassen. Das soll vielmehr veranschaulichen, dass erwähnte Maßnahmen zur Reduktion der Ausbeutung von Mensch und Umwelt „nur“ einen Schritt auf dem Weg hin zu mehr globaler Gerechtigkeit darstellen können. Genauso sind aber auch skeptischere Stimmen nachvollziehbar, die sagen, dass überhaupt kein ehrlicher Wille zur Herstellung humanerer ökonomischer Rahmenbedingungen und einer tatsächlichen globalen Augenhöhe breit vorhanden ist, Maßnahmen halbherzig sind und am Ende gar nicht darauf abzielen, bestehende Ungleichheiten nennenswert zu verringern (vgl. die SDGs weiter oben), sondern vielmehr darauf, die eigene Bevölkerung bzw. ihr Gewissen zu beruhigen. Letztere oder zumindest Teile davon sind nämlich immer weniger dazu gewillt, eine globale Schieflage, die über viele Jahrhunderte gewachsen ist, zu akzeptieren.

Wie schnell eine seitens politisch Verantwortlicher proklamierte gesteigerte Verantwortungsübernahme im Kontext globaler Beziehungsgeflechte jedoch wieder relativiert wird, zeigt nicht zuletzt die Corona-bedingte Ausnahmesituation. Da sie die Wirtschaft einer Exportnation wie Deutschland in besonderem Maße bedroht, wurde etwa schon vor „Schnellschüssen“ in puncto Lieferkettengesetz

gewarnt (auch wenn wir jetzt zumindest schon einmal das oben erwähnte „Kätzchen“ bekommen haben). Die negative Aussage einer solchen Politik darf nicht unterschätzt werden: Mehr Solidarität und Menschlichkeit? Ja, aber nur, wenn es sich mit Wirtschaftswachstum vereinbaren lässt. Der Lobby-Einfluss auf die Politik der Exportnation Deutschland ist immens. Klar, an einer dermaßen vom Export abhängigen Wirtschaft hängen Arbeitsplätze und somit auch verprellte Wähler*innengruppen. Solche vor den Kopf gestoßene Menschen wählen künftig womöglich rechts von der Mitte. Aber weder die politische Mitte, noch die sich rechts und links davon befindenden Kräfte können leugnen: Die derzeit vielfach unfairen globalen Handelspolitiken waren und sind auch kein Garant für den Fortbestand von guten Arbeitsplätzen in Deutschland.

...und wie sich ihre Logik auch im Globalen Norden ausbreitet

Der Logik der steten Senkung von Produktionskosten folgend macht ein auf Wachstum gedrilltes Wirtschaftssystem schon längst nicht mehr Halt vor den „eigenen Leuten“ in der Produktion – bzw. historisch korrekter: Prekäre Arbeitsverhältnisse wie zu Beginn der Industrialisierung nehmen wieder zu – wenngleich es heute die klassische Arbeiterschaft von damals nicht mehr gibt. Der Verweis auf den Verlust von Arbeitsplätzen aufgrund fairerer globaler Lieferketten ist also weitestgehend ein Scheinargument. Auch hierzulande wären die Gewinne ganzer Branchen schon längst nicht mehr realisierbar, wenn die Beschäftigten angemessen bezahlt und behandelt werden würden. Große Bereiche der Landwirtschaft, Fleisch- und Bauindustrie oder der Pflege beispielsweise würden sofort zusammenbrechen, wenn hier wirklich die moralischen Standards gelten würden, für die wir immer so gerne weltweit werben und die wie eingangs angerissen womöglich ohne die transatlantische Umverteilungsgeschichte gar nicht entstanden wären. Und wenn „alteingesessene“ Deutsche diese Arbeiten – zum Teil verständlicherweise – nicht verrichten wollen, findet man billige Arbeitskräfte aus dem Ausland (bzw. finden sich auch die deutschen Kinder von Migrant*innen nicht zuletzt aufgrund einer reformwürdigen Integrations- und Bildungspolitik überdurchschnittlich oft im Niedriglohnsektor wieder). Im Zweifel bestimmt also die Kostenkalkulation von Konzernen hierzulande längst vielfach darüber, wie viel ihnen eine Sicherung „deutscher Arbeitsplätze“ tatsächlich wert ist. Der seit der Industrialisierung von vielen Erfolgen gekrönte Kampf der Arbeiter*innen um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen hat seine besten Tage hinter sich. Letztlich repräsentiert das durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessene Wirtschaftswachstum in westlichen Gesellschaften die Gewinnanhäufung immer kleinerer Gruppen und ist somit – entgegen der verbreiteten Rhetorik – immer weniger ein Gradmesser für mehr Wohlstand und Perspektiven für breite Bevölkerungsschichten. Der Preis: Wachsende Ungleichheit und die Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Während gut ausgebildete Bürger*innen nicht direkt mit oftmals benachteiligten zugewanderten Menschen

beispielsweise im Niedriglohnsektor oder auf dem Wohnungsmarkt etc. konkurrieren müssen, kann eine wachsenden Perspektivlosigkeit gerade bei prekär Beschäftigten oder arbeitslosen Bürger*innen zu einer Frustration führen, die unter Umständen in Hass gegen die „Fremden“ mündet. Letzteres wissen Rechtspopulist*innen geschickt zu nutzen, um eine rassistische Politik wieder zunehmend gesellschaftsfähig zu machen. Und der Rassismus richtet sich gegen alle rassifizierte Menschen, also auch gegen viele alteingesessene Deutsche. Und da rassifizierte Menschen aufgrund des demografischen Wandels einen immer größeren Teil der Bevölkerung ausmachen, richtet sich der Rassismus somit immer stärker gegen Deutschland selbst. Die Idee eines biologisch definierten Deutschseins wird täglich obsoleter.

Historisch gab es im Übrigen während der frühen Arbeiter*innenkämpfe der Industrialisierung schon einmal eine breite Solidarisierung über konstruierte Hautfarbengrenzen hinweg. Einendes Element war die prekäre Situation vieler. Politischen und ökonomischen Eliten gelang es aber letztlich mit rassistischen Scheinargumenten hier zu spalten, bevor es wirklich gefährlich für sie wurde. Was wir also heute sehen, ist nichts Neues. Auch wenn man sagt, Geschichte wiederholt sich nicht, wird Spaltung – auch entlang konstruierter Hautfarbengrenzen – wieder bewusst als Ablenkungsmanöver genutzt, um den Bestand schrumpfender Eliten zu wahren. Was hier ein wichtiger Erfolgsgarant war und ist: Der Wille vieler kleiner *weißer* Leute, Härten schönzureden oder hinzunehmen, indem sie sich an die tatsächlichen Privilegien klammern und an die vorgegaukelten auch dann noch zu glauben versuchen, wenn sie schon längst zurückgelassen und vergessen worden sind.

Der angerissene historische Prozess einer zunehmenden Gleichheit unter *weißen* Menschen, der maßgeblich durch die ökonomisch motivierte Dehumanisierung Nicht-*Weißer* ermöglicht wurde, begann aber nicht erst während der Industrialisierung. Letztlich wurden hautfarbenübergreifende Solidarisierungen seit dem 17. Jahrhundert durch eine solche Politik – damals in den Amerikas – niedergeschlagen, also in einer Zeit, in der sich der Rassismus überhaupt erst etablierte. Dass sich damit jedoch auch heute noch immer Politik machen lässt, ist in Bezug auf die tatsächliche Situation der kleinen Leute so irrational wie kaum zuvor: Ökonomische Logiken produzieren längst immer mehr „kleine *Weiße*“, die im unteren Sektor des Arbeitsmarkts – auch – mit „kleinen Nicht-*Weißen*“ um Perspektiven konkurrieren müssen. Aber: Die Rekultivierung von Rassismus unter dem romantisierenden Deckmantel der Volksgemeinschaft, die sich gegen vermeintliche Bedrohungen von außen behaupten muss, vermag hier keine langfristige Trendwende zu erzielen und kann daher keine Lösung sein. Denn die Populist*innen verschweigen Maßgebliches: Was gerade passiert, hängt mit dem größten globalen Kräfteverlagerungsprozess seit dem Entstehen einer transatlantisch dominierten

Weltwirtschaft zusammen, auf den etablierte westliche Eliten immer weniger Einfluss haben – egal aus welchem politischen Lager. Und wenn ganze Staaten ökonomisch marginalisiert werden, wäre es doch sehr naiv zu glauben, dass sich ebendiese Staaten ausgerechnet nun vermehrt um „ihre Leute“ kümmern werden (auch wenn sie dies gerade jetzt wirklich vermehrt tun sollten, wozu jedoch ein grundsätzliches Umdenken Voraussetzung wäre). Auch wenn also – je nach konkreter Politik – die vermeintlich Fremden vielfach zuerst potentiell negativ Betroffene einer Kultur der zunehmend selektiveren innergesellschaftlichen Verteilung sind: Langfristig verhindert dies die zunehmende Marginalisierung „kleiner Weißer“ nicht. Letztere wurden ja nicht wegen ihres Weißseins an sich relativ geschont, sondern weil man die nicht-weiße Welt relativ lange nahezu vollständig im Griff hatte und man sich hautfarbenbasierte Hierarchisierungen zugunsten Weißer nicht nur (auch ökonomisch) leisten konnte, sondern diese Hierarchisierungen auch lange den sozialen Frieden untereinander – zulasten nicht-weißer Menschen – förderten.

Sich ändernde globale Konstellationen – und die Reaktionen darauf

Der Aufstieg vor allem Chinas ist allerdings der Anfang der Widerlegung des Narrativs eines überlegenen Westens, der durch eine gemeinsame Ökonomie, gemeinsame Werte, gemeinsame sicherheits- und verteidigungspolitische Allianzen, aber auch durch ein unausgesprochenes weißes Selbstbild verbunden ist (Ein offenes Bekenntnis zu diesem Selbstbild ist spätestens nach 1945 aus der Mode gekommen). Egal, wie wir diesen Aufstieg bewerten – was nicht Fokus vorliegender Überlegungen ist: Die Widerlegung des narzisstischen Narrativs des Westens hat positive Nebeneffekte für alle rassifzierten Menschen. Egal, ob China dies beabsichtigte oder nicht. Jetzt erleben wir etwas Irrationales: Anstatt nun, wo die bis heute nicht korrigierten (ökonomischen und pseudo-moralischen und -biologischen) Geburtsfehler des Westens zunehmend entlarvt und thematisiert werden, zu überlegen, wie sich unsere Gesellschaften weiterentwickeln müssen, um überhaupt noch anschlussfähig zu bleiben, reagiert man fast beleidigt auf die Widerlegung der These, dass wir als Westen das ewige Vorbild für den Rest der Welt seien. Achille Mbembe spricht treffend von gekränktem Narzissmus. Vor diesem Hintergrund sind übrigens aktuell auch viele „überraschte und verständnislose“ Reaktionen unserer westlichen Eliten auf den relativen Misserfolg des 20 Jahre dauernden Militäreinsatzes in Afghanistan zu verstehen. Wären von paternalistischen Überlegenheitsgefühlen geprägte Denkmuster tatsächlich mit dem Ende des Kolonialismus verschwunden, wären überraschte und verwunderte Reaktionen überschaubarer gewesen. Denn nur eine zum Teil an blinder Selbstverliebtheit grenzende Selbstwahrnehmung erklärt auch, warum wir wie selbstverständlich meinen, mit allen Mitteln überall eingreifen zu dürfen, da wir – so zumindest die eigene Sichtweise – die richtigen moralischen und menschenrechtlichen Werte verbreiten und gegen

Ungerechtigkeit vorgehen. Die selbstredend immer mitspielenden ökonomischen, strategischen und sicherheitspolitischen Interessen lassen wir hier mal außen vor. Denn gerade eben die scheinbar von letztgenannten Interessen entkoppelte moralische Motivation darf nicht unterschätzt werden. Viele treiben zwar ganz klar ihr Spiel mit ihren proklamierten Werten, viele aber auch nicht. Aber selbst dann, wenn unser Engagement moralisch motiviert ist, messen wir dennoch (oft unbewusst) mit zweierlei Maß. Bezogen auf das oben erwähnte Beispiel etwa fordern wir nun nach unserem Truppenabzug die Bildung einer Regierung, an der alle Bevölkerungsgruppen teilhaben. Dabei sind wir noch selbst meilenweit von einer tatsächlichen Repräsentanz der Bevölkerung in der Politik insbesondere zulasten nicht-weißer Deutscher entfernt. Wir selbst würden keine Verletzung unserer staatlichen Souveränität zulassen – auch nicht, wenn externe Akteur*innen die Achtung der Menschenrechte bei uns voranbringen wollten – also das machen wollten, was wir weltweit machen, als sei es das Normalste auf der Welt. Stellen wir uns aber mal vor, dass zum Beispiel jemand zu uns – etwa in die USA oder nach Deutschland – käme, um den Rassismus bei uns zu bekämpfen, dann würden wir sagen: „Das ist unsere eigene Sache. Einmischung von außen unerwünscht.“ Und dass Rassismus nicht „nur“ den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, sondern auch den tatsächlichen Tod für Betroffene in weiß-dominierten Gesellschaften bedeuten kann, steht außer Frage. Da wirkte es sehr scheinheilig, als etwa wenige Monate vor der Ermordung von George Floyd die USA ihren afroamerikanischen Bürger*innen aufgrund der fremdenfeindlichen Vorgänge in China 2020, die auch besonders Schwarze Menschen betrafen, von einer Chinareise abrieten. In einem Land, in dem Afroamerikaner*innen mit einem dreimal so hohen Risiko leben müssen, Opfer von Polizeigewalt zu werden als Weiße, scheint das Messen mit zweierlei Maß so unterbewusst abzulaufen, dass man sich als Gesellschaft kaum kritisch selbstreflektiert. Stattdessen reagieren wir oft relativierend, wenn wir unsere Menschenrechtsverletzungen mit Beispielen aus Ländern jenseits des Westens vergleichen. Oft hört man ein pseudo-intellektuelles „Ja, aber...“, das schnell eine rechtfertigende Erklärung einleiten will, dass das Eine mit dem Anderen nicht zu vergleichen sei. Dies ist allerdings schon wieder ein Beweis für die in großen Teilen unbewusste koloniale Denkweise. Wir als Westen haben lange gemeint, wir besäßen die Deutungshoheit bei der Hierarchisierung von Menschenrechtsverletzungen. Lange konnten wir auf die Rückendeckung Gleichgesinnter bauen. Aber das ändert sich. In inner- und zwischenstaatlichen Kontexten werden Stimmen lauter, die die Glaubwürdigkeit solcher mit zweierlei Maß messenden Menschen, die trotz punktuell begrüßenswerter Fortschritte in der Gesellschaft dennoch systemprägend bzw. -erhaltend sind, in Frage stellen.

Klimaungerechtigkeit – Folge einer globalen Arbeitsteilung

Der menschengemachte Klimawandel, der Resultat einer ressourcenintensiven Wirtschaftsweise des Globalen Nordens seit der Industrialisierung ist (und seit einigen Jahrzehnten auch durch neue Kräfte befördert wird), trifft unseren südlichen Nachbarkontinent und andere Teile des Globalen Südens besonders stark, obwohl sie ihn kaum herbeigeführt haben. Am Thema Klimagerechtigkeit lassen sich viele koloniale Kontinuitäten besonders gut sichtbar machen.

Die Industrialisierung, die entscheidend auf dem in den Jahrhunderten des transatlantischen Verklavungshandels erwirtschafteten Kapital aufbaute, machte uns überhaupt erst zu „entwickelten“ Industrienationen und schuf strukturell das, was noch immer viel zu oft als „Entwicklungsländer“ bezeichnet wird. Letztere sind vielfach nicht in der Lage, mit größeren Herausforderungen, die Geld kosten, fertig zu werden. Anstatt hier Verantwortung zu übernehmen, werden Zusammenhänge zum Teil bewusst ausgeblendet und Geflüchtete, die etwa aufgrund von Umweltdegradierung ihre Heimat verlassen mussten – zusammen mit dem Großteil der Geflüchteten – als „Wirtschaftsflüchtlinge“ abgetan und kriminalisiert. Und nicht genug: Anstatt ernsthaft in die Anpassungsfähigkeit an Klimaveränderungen im Globalen Süden zu investieren, dienen vom Globalen Norden geförderte Umweltprojekte im Globalen Süden im Rahmen eines modernen Ablasshandels teilweise sogar dazu, zuhause weiter emittieren zu dürfen. Augenhöhe? Koloniale Mentalität!

Nun muss man sagen, dass wir auch schon längst zunehmend mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert werden, Stichwort Hitzesommer mit hohen Ernteaussfällen und Waldbränden oder aber verheerende Überschwemmungen durch Starkregen – wie jüngst insbesondere in Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen der Fall. Viele konnten hierbei froh sein, wenigstens mit dem Leben davongekommen zu sein. Durch die angerissene Umverteilungsgeschichte sind wir aber in der Regel dazu in der Lage, die negativen Folgen des Klimawandels abzufedern. Paradoxe Weise haben wir durch die den Klimawandel fördernde Industrie die monetären und technischen Mittel, ihm zu begegnen – sei es durch Präventiv- oder Wiederaufbaumaßnahmen, Versicherungszahlungen und so weiter. So schlimm es ist, dass einzelne Menschen ihre Existenzgrundlage oder gar ihr Leben verlieren, am Ende zwingt uns der menschengemachte Klimawandel (noch) nicht dazu, kollektiv unser Heimatland zu verlassen. Auch sind wir vom umweltbedingten Kampf um knapper werdende Ressourcen kaum direkt betroffen. Anders als in vielen Weltgegenden ist der Kampf um Wasser oder Böden noch nicht ausgebrochen – zumindest nicht im innergesellschaftlichen Kontext, denn transnationale Player, die anderswo Land pachten und knapper werdende Ressourcen wie Wasser anzapfen oder privatisieren, zeigen, dass wir doch schon irgendwie mitkämpfen. Und dieser direkte oder indirekte Kampf fördert auch ethnische,

geschlechtsspezifische und nicht zuletzt religiös motivierte Konflikte. Dadurch entstehen vielfach Fluchtgründe, die auch von der Genfer Konvention zumindest theoretisch abgedeckt sind.

Ein selektives Geschichtsbewusstsein als koloniale Kontinuität

Die obigen Ausführungen und Überlegungen mit einem Fokus auf Ökonomie sind sicherlich zentral, wenn es um die Aufrechterhaltung von inner- und zwischengesellschaftlichen Ungleichheiten geht, die durch die transatlantische Umverteilungsgeschichte entweder überhaupt erst entstanden oder aber verstärkt worden sind. Aber unsere kolonialhistorisch begründete Dominanz erfasst auch andere Bereiche. Dazu zählt auch die deutungshoheitliche Dominanz in Bezug auf den ganzen Bereich der Meinungsbildung und Wissensproduktion einschließlich Geschichtsschreibung. Die angerissene kollektive positive Selbstverortung in Bezug auf eine vermeintliche moralische Überlegenheit baut vielfach auf einem selektiven und relativierenden Geschichtsbewusstsein auf. So wird das Fortbestehen kolonialer Mentalitäten gefördert. Ein Beispiel: Die Halbherzigkeit und der Unwille, Ungerechtigkeiten zu überwinden, werden besonders sichtbar, wenn es etwa um die Diskussionen zum Umgang mit kolonialbelasteten Begriffen, Bildern und anderen Darstellungen geht, die sich beispielsweise in der Literatur, Kinder- und Schulbüchern oder in den Medien wiederfinden. Der Umgang mit Kolonialdenkmälern, Straßennamen und anderen Ortsbezeichnungen, die Kolonialverbrechen und Kolonialverbrecher gedenken, gehört hier genauso dazu, wie die Debatte um die Rückgabe von Diebesgut einschließlich menschlicher Überreste, die in kolonialen Zeiten den Weg in unsere Museen fanden. Wer sich gegen den Begriff „Diebesgut“ wehrt, und auf dem „legalen Erwerb von Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten“ beharrt, negiert den allgemeinen Unrechtskontext, der sämtliche Interaktionen zwischen Kolonisatoren und Kolonisierten beeinflusste. Noch ignoranter sind Stimmen, die sinngemäß sagen: „Benin oder Berlin? Ist doch egal! Ist doch schließlich kulturelles Erbe der gesamten Menschheit. Alle sind eingeladen, unser Museum zu besuchen.“ Klar, wir bekommen mit unserem Pass schnell Visa und können uns die Welt anschauen. Aber eine Person aus dem Globalen Süden hat es auch aufgrund einer zunehmend restriktiven Asyl- und Migrationspolitik immer schwerer, Kulturschätze ihrer Vorfahren in den ehemaligen Kolonialmetropolen zu Gesicht zu bekommen. Ähnlich verhält es sich mit kolonialbelasteten Orten. Wenn beispielsweise eine Postkolonial-Initiative eine kritische Auseinandersetzung mit einem Straßennamen in der Kommune x fordert, heißt es immer wieder abwehrend: „Ja, aber das ist doch schließlich Teil unserer Geschichte.“ Stimmt. Aber: Warum werden beispielsweise Stalinstraßen oder -alleen quasi über Nacht unhaltbar und durch neue Namen ersetzt, während Kolonialverbrecher wie Hermann von Wissmann oder Carl Peters Namensgeber von Straßen bleiben dürfen – teils durch fragwürdige Umwidmungen zugunsten gleichnamiger unbelasteter Personen? Die Empathiefähigkeit für die Opfer des Kommunismus scheint

wohl höher zu sein als die Empathiefähigkeit gegenüber den Opfern des Kolonialismus. Das Beispiel zeigt: Wenn der politische Wille da ist, werden belastete Orte schnell umbenannt oder beispielsweise mit kontextualisierenden Hinweistafeln versehen. Zum halbherzigen Umgang mit kolonialen Kontinuitäten gesellen sich noch häufig Trotz oder gekränkter Narzissmus hinzu (vgl. Achille Mbembe weiter oben). Noch immer versuchen nicht wenige Menschen quer durch alle Bildungsschichten, die Kolonialzeit an sich und ihre negativen Auswirkungen für den Globalen Süden zu beschwichtigen oder zu relativieren. Noch immer ist die Meinung vertreten, dass die Kolonialzeit etwa Afrika zumindest ein Stück weit aus einer unterstellten Rückständigkeit herausholte. Verfehlungen vermeintlich einzelner Kolonialverbrecher seien zwar bedauernswert, aber eben Einzelfälle. Negativ von Rassismus betroffene Deutsche und Nicht-Deutsche sowie *weiße* Menschen, die in der Lage sind, ihr „Farbgefängnis“ zu verlassen, fragen sich berechtigterweise, warum hier mit zweierlei Maß gewertet wird und warum nicht-*weiße* Opfer anscheinend weniger zählen als *weiße*. Wenn aber Narrative suggerieren, dass wir abgesehen von einzelnen bedauerlichen Verfehlungen grundsätzlich Gutes in die Welt hinausgetragen haben, dann leugnen wir die Rolle einer gewaltsamen Umverteilung für die Gegenwart. So erscheint unser „Entwicklungsstand“ reines Resultat von Organisation, Fleiß, Innovationen und Überzeugungen unserer Vorfahren zu sein. Eine solche Sichtweise stellt umgekehrt die vielfach desolate Lage in Ländern des Globalen Südens als rein hausgemachtes Problem dar, das allein auf die unterstellte Unfähigkeit vor Ort zurückzuführen sei. Solange aber „Otto-Normalverbraucher*in“ nur die Narrative dieser politisch motivierten Geschichtsvergessenheit kennenlernt, kann ihr / ihm zunächst einmal kaum ein Vorwurf gemacht werden, wenn sie / er dies reproduziert. Denen, die es eigentlich in entsprechenden Bereichen im Bildungs- oder Politikbetrieb besser wissen sollten, aber schon. Hier würden automatische Schritte in die richtige Richtung erzielt werden, wenn unsere Demokratie die tatsächliche Repräsentanz der Bevölkerungsstruktur in allen Bereichen der Gesellschaft – auch und gerade auf allen politischen Ebenen – ernst nehmen und fördern würde. Dies müsste über eine „Alibipigmentierung“, wie sie oft zu sehen ist, selbstredend deutlich hinausgehen. Davon sind wir aber trotz punktueller Fortschritte noch weit entfernt.

In dieser von Kolonialamnesie geprägten Erinnerungskultur, die die eigene historisch gewachsene Verantwortung kleinredet, verweisen wir gerne auf die unfähigen und korrupten Eliten in den ehemaligen Kolonien bzw. auf neue Global Player wie China, die ja angeblich die „neuen Kolonialherren“ vor Ort seien. Klar sind viele Eliten im Globalen Süden Teil des Problems – im Übrigen seit den ersten Tagen der transatlantischen Umverteilungsgeschichte. Das bestreitet auch niemand, der / die sich ernsthaft und ohne einseitigem Romantisierungsdrang mit Süd-Nord-Themen befasst. Und klar vertritt China am Ende des Tages auch nur die eigenen ökonomischen Interessen in den ehemaligen

Kolonialgebieten. Hier darf nichts beschönigt werden. Aber wenn schon immer wieder „China Bashing“ betrieben wird, um eigene historisch gewachsene Verantwortlichkeiten zu relativieren, muss mal deutlich klargestellt werden: Bisher hat China seinen Einfluss ohne Krieg und Gewalt nach außen – bis hin zu Völkermord, wie ihn etwa Deutschland im heutigen Namibia begangen hat – ausbauen können. Das ist der große historische Unterschied zu uns. Und auch die zunehmende globale Handelsdominanz Chinas – 2020 hat das Land zusammen mit 14 asiatisch-pazifischen Staaten das größte Freihandelsabkommen der Welt abgeschlossen („Regional Comprehensive Economic Partnership“ (RCEP)) – ist im Gegensatz zur transatlantisch dominierten Weltökonomie nicht primär Resultat einer Jahrhunderte andauernden Gewaltgeschichte. Chinas Aufstieg, der unter anderem ohne die ökonomisch motivierte Auslagerung vieler Produktionssparten westlicher Betriebe und einer beispiellosen, vielfach nicht zu beschönigenden Mobilisierung von Wanderarbeitskräften im Land selbst nicht denkbar wäre, hat auch bisher keine gewaltsam am anderen Ende der Welt errichteten Handelsposten zu Folge. Niemand musste in Deutschland dafür sterben, dass die *Neue Seidenstraße* Chinas nun in Duisburg endet. Anders verhielt es sich seinerzeit mit Hongkong und vergleichbaren Außenhandelsposten westlicher Mächte. Hongkong heute einfach „nur“ einseitig als „Hort der Demokratie und Freiheit“ darzustellen, das vom autoritären China bedroht wird, zeugt einmal mehr von der selbstverliebten Geschichtsvergessenheit. Ohne die vollkommene Unterjochung im Rahmen der westlichen Expansion in China im 19. Jahrhundert wäre Hongkong immer Teil Chinas geblieben. Die relativen Freiheiten vor Ort heute sind eher als „Kollateralnutzen“ für die Bevölkerung Hongkongs anzusehen. Und wenn wir heute beispielsweise Chinas Minderheitenpolitik (pseudo)sanktionieren, handeln wir wieder mit zweierlei Maß und lenken mit dem Verweis auf Menschenrechtsverletzungen anderswo von unseren eigenen vergangenen und gegenwärtigen Menschenrechtsverletzungen ab.

Aber genug. Es geht hier nicht um neue Player. Der kleine Exkurs diente nur dazu, um Scheinheiligkeiten anzureißen, die sich zu einem immer größeren Glaubwürdigkeitsproblem entwickeln. Wenn die Rede vom kolonialen Erbe ist, dann sollte man sich darauf konzentrieren. Wer hier regelmäßig ablenken will, gibt doch indirekt zu, dass sie / er gerade „ertappt“ worden ist. Wir müssen nicht weniger als eine selektive Geschichtsschreibung, in der institutionalisierte blinde Flecken existieren, systematisch hinterfragen und wo nötig neu schreiben. Und diese reflektierte neue Geschichtsschreibung muss von Anfang an darauf ausgelegt sein, ihren akademischen Elfenbeinturm zu verlassen, um in der breiten deutschen Erinnerungskultur und -politik sichtbar zu werden. Mit dem derzeit verbreiteten Narrativ stoßen wir immer mehr Menschen vor den Kopf. Denn nicht alle vergessen und verdrängen – weder in unserer Gesellschaft selbst, noch anderswo. Wenn wir dies weiterhin nicht sehen (wollen), riskieren wir, dass dies uns allen noch auf die Füße fällt.

Rassismus – Vom Geburtshelfer zum Totengräber des Westens?

Dass Rassismus noch immer tötet – auch bei uns in Deutschland – ist seit den 1990er Jahren nicht mehr zu leugnen. Worte der Betroffenheit, wenn Rassismus mal wieder Opfer fordert, sind klar begrüßenswert und leider nicht selbstverständlich, wie das Beispiel USA in der Trump-Ära zeigte. Wenn aber am Ende des Tages eine rassistisch geprägte Struktur mit dem Verweis darauf, dass es sich ja immer wieder „nur“ um Einzeltäter*innen handele, unangetastet bleibt, kann von einem ehrlichen Willen zur Überwindung kolonialer Kontinuitäten keine Rede sein. Wenn etwa der Bundesinnenminister trotz der Aufdeckung rassistischer Netzwerke bei der Polizei eine Untersuchung zu strukturellem Rassismus in dieser Institution ablehnt, dann nimmt er faktisch künftige rassistisch motivierte Ungleichbehandlungen beispielsweise im Rahmen von Polizeieinsätzen billigend in Kauf. Welche andere Erklärung dafür kann man hier aufführen, als mangelnde Empathiefähigkeit mit von Rassismus potentiell betroffenen Menschen? Eine solche Studie hätte nicht bedeutet, die Polizei unter Generalverdacht zu stellen. Immerhin: Eine entsprechende Studie kam dann doch noch – im Rahmen einer Studie zu Rassismus im gesamtgesellschaftlichen Kontext – zustande, nachdem mehrere politische Akteur*innen steten Druck ausgeübt hatten.

Fatal für ein verbreitetes Verständnis von Rassismus ist der Irrglaube, dass es sich bei ihm nicht um eine im Rahmen der transatlantischen Umverteilungsgeschichte entstandene Ideologie zur Wahrung unterschiedlicher Privilegien handelt. Viele sehen in ihm eher ein „menschliches Urgefühl“. Dass es in der Geschichte – besonders seit dem Aufkommen sogenannter „Hochkulturen“ weltweit – schon immer strukturelle Diskriminierung gegeben hat, soll hier nicht geleugnet werden. Auch soll nicht geleugnet werden, dass existierende Formen struktureller Diskriminierung zunehmend rassistisch untermauert wurden, nachdem diese spezifische Diskriminierungsideologie einmal da war – etwa in religiösen Kontexten oder aber auch von rassifizierten Gruppen untereinander. Letztgenanntes aber mit dem originär im transatlantischen Raum kultivierten Rassismus gleichstellen zu wollen, ist eine grobe Vereinfachung, die Relativierungen regelmäßig Vorschub leistet. Es ist „unser“ Rassismus, der Bevölkerungsgruppen weltweit und erschöpfend in einer hautfarbenbasierten „Rassen“-Hierarchie dauerhaft zu fixieren versuchte und das Entstehen des Globalen Nordens zuungunsten des entstehenden Globalen Südens überhaupt erst ermöglichte. Rassismus sicherte „Entwicklung“ *hier* zu Lasten von „Unterentwicklung“ *dort* ab. Das Konzept von „Entwicklungspolitik“ etwa wäre demnach ohne die zuvor erfolgten rassistisch abgesicherten Umverteilungsprozesse überhaupt nicht denkbar geworden. Die Folgen einer Politik, die den Rassismus, von dem sie geprägt ist, negiert, sind fatal. Dabei ist wichtig: Rassismus gibt es in den unterschiedlichsten Ausprägungen und beginnt mit unbewussten rassistisch geprägten Denkmustern und endet in gewaltbereitem Rechtsextremismus.

Die Wirkweise der gegenseitigen Beeinflussung zwischen unbewusst rassistisch denkenden Menschen und offenen Rassist*innen ist komplex. Ein gutes Beispiel sind die wachsenden Flucht- und Migrationsbewegungen aus dem Globalen Süden, die ja nicht zuletzt Resultat einer strukturellen Perspektivenungleichheit infolge angerissener Umverteilungsgeschichte sind. Eine Folge bei uns: Rassismus wird in dem Maße rekultiviert, in dem Geflüchtete Europa erreichen. Zwar erlebten wir ab 2015 vor dem Hintergrund wachsender Migrationsbewegungen einerseits eine nie dagewesene Willkommenskultur, andererseits war dies der Anfang vom Siegeszug rechtsgesinnter Parteien auch in Deutschland. Und auch anfangs Engagierte wechselten nicht selten „die Seiten“, wie etwa die klar zu verurteilenden Ereignisse der „Kölner Silvesternacht“ zeigten, die schnell instrumentalisiert wurden. Dass der Erfolg der Rechtspopulist*innen auf dem wachsenden Anteil Geflüchteter bzw. von Menschen mit einem sogenannten „Migrationshintergrund“ aufbaut, gaben solche Politiker*innen selbst immer wieder mehr oder weniger offen zu. Die offen rechten Parteien alleine würden schon von ihrer Mitgliederzahl her aber nicht in der Lage sein, die Wahlergebnisse der letzten Jahre zu erzielen. Sie bauen vielmehr auf vielfach latent vorhandene, rassistisch geprägte Denkmuster in breiten Teilen der Bevölkerung auf. Und Flucht ist nur ein „Hebel“, um diese zu aktivieren. Die Existenzgrundlage der Rechtspopulist*innen hängt also in erheblichem Maße davon ab, ob es gelingt, den Migrationsdruck in Richtung Globaler Norden (der viel kleiner als der Migrationsdruck innerhalb des Globalen Südens selbst ist) zu mildern. Letzteres wird nicht allein durch effektiver geschützte EU-Außengrenzen erreicht. Wenn etablierte Parteien hier in vorauseilendem Gehorsam ihre Schwerpunkte setzen, um angeblich dem weiteren Vormarsch der Rechten Einhalt zu gebieten, nähren sie selbst rassistisch bzw. fremdenfeindlich geprägte Denkmuster in Teilen der Bevölkerung. Und selbstredend kaschiert Grenzschutz nur das strukturelle Problem, das Ursache für den Migrationsdruck ist.

Paradoxerweise gelingt es aber einer mit bewusster Irreführung arbeitenden Hetzpolitik rechter Parteien, dass bei einigen Menschen der Eindruck entsteht, die wachsenden ökonomischen und sozialen Probleme in unserer Gesellschaft seien wesentlich durch die wachsende Zahl der „Fremden“ verursacht worden – egal, ob es sich um gerade Geflüchtete oder um rassifizierte Deutsche handelt. So eine Sichtweise ignoriert die oben angerissene globale Kräfteverlagerung zulasten des Westens, der zunehmend die Kontrolle über ein Wirtschaftssystem verliert, das er selbst schuf. Dieses profitorientierte Wirtschaften – und nicht die „Fremden“ – ist die zentrale Ursache für eine wachsenden Perspektivlosigkeit auch in den Industriestaaten. Profitierende Eliten schrumpfen längst. Wer wahrnimmt, dass eine zunehmend von immer größeren transnationalen Playern dominierte Weltökonomie sich gegenüber immer weniger Menschen und bestehenden Ökosystemen verpflichtet fühlt, erkennt möglicherweise, dass eine (Re)Solidarisierung von Menschen, die durch eine wachsende

Perspektivlosigkeit verbunden sind, eher ein Schritt in eine gerechtere Welt für immer mehr Menschen ist, anstatt zunehmend auf Nationalismen zurückzufallen, die nicht selten durch Rassismus als kolonialem Erbe gespeist werden. Denn Rassismus ist „nur“ eine Spielart systematischer Diskriminierung – wenn auch eine besonders extreme. Wer Rassismus aus scheinbarer Nichtbetroffenheit hinnimmt, lässt also das Tor weit offen für alle Spielarten von struktureller Diskriminierung, die auch sie oder ihn selbst früher oder später negativ treffen können.

Fazit

Die bewusste oder unterbewusste Aufrechterhaltung kolonialer Kontinuitäten führt zunehmend in eine Sackgasse für unsere Gesellschaften. Vom kolonialen Erbe profitiert eine schrumpfende Elite, die es lange vermochte, das System, das sie reich machte, auch gesamtgesellschaftlich als Erfolgsmodell zu verkaufen – trotz wachsender inner- und zwischenstaatlicher Ungleichheiten. Wenn wir unsere ganzen hehren Werte und unsere proklamierten Absichten, die planetaren Grenzen vor dem Hintergrund des menschengemachten Klimawandels achten zu wollen, nicht ernst nehmen, spielen wir nicht „nur“ mit unserer Glaubwürdigkeit in inner- sowie zwischengesellschaftlicher Hinsicht. Mehr: Unsere Zukunftsfähigkeit steht auf dem Spiel. Globalökonomisch und -politisch können wir aktuelle Entwicklungen, die eine Marginalisierung unserer westlichen Staatengemeinschaft bedeuten, nicht verhindern. Aber müssen wir das überhaupt? Ist das nicht unsere Chance, einige Geburtsfehler, die die Entstehung des transatlantischen Systems prägten, zu korrigieren? Wenn oben genannte Absichten, die wir aufsteigenden Mächten nur allzu gerne in Abrede stellen, tatsächlich unser Handeln zunehmend bestimmen würden, wären wir auch ohne verletzte Eitelkeit mit „Platz 2“ in Bezug auf wirtschaftliche und politische Macht zufrieden. Wir würden die Lebens- und Liebeswürdigkeit unserer Gesellschaften nicht mehr so stark über das reine Wirtschaftswachstum und die damit vor allem monetär begründeten Perspektiven definieren. Würde dieser systemische Wachstumsdruck nicht mehr bestehen, hätten wir die Möglichkeit, eine gewachsene Pfadabhängigkeit zu überwinden und nachhaltigere und sozialere Formen des Wirtschaftens und des Zusammenlebens zu realisieren. Für unsere Gesellschaften würde das die größte Zäsur seit Beginn der transatlantischen Umverteilung bedeuten. Technologisch wären wir schon längst so weit, die ökonomischen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Auch wenn es viele Panikmacher*innen gibt: Eine solche Wende würde keine De-industrialisierung und weltpolitische Bedeutungslosigkeit zur Folge haben. Für diejenigen Mächte, die global an Einfluss gewinnen und für die wir wohl (wenn überhaupt) die längste Zeit Vorbild gewesen sind, könnten wir eine neue Vorbildrolle einnehmen. Das sollten wir als Chance sehen. Laute Bedenken, dass ein Umdenken bei uns wirkungslos sei, solange die neuen globalen Mächte es uns nicht gleichtäten, sollten nicht bestimmen, ob wir uns für oder gegen einen Wandel entscheiden. Selbst

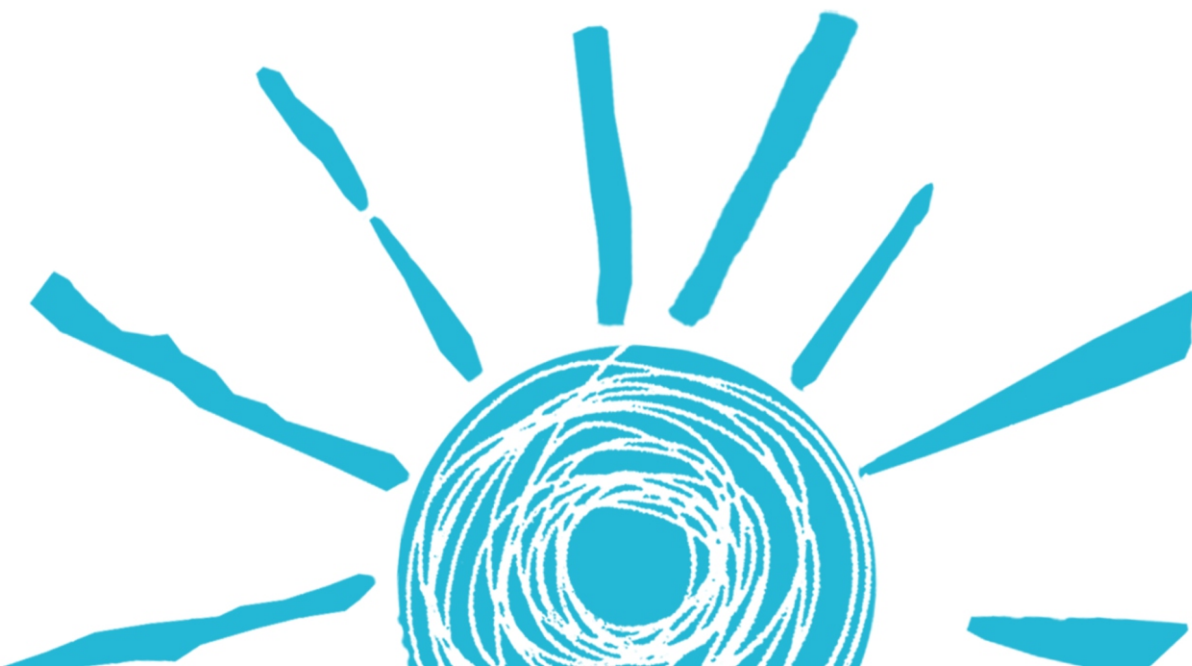
die realistischsten Realpolitiker*innen können nicht leugnen: Neue Player überholen uns ökonomisch sowieso – egal wie lange wir trotz gegenteiliger Rhetorik an veralteten, ungerechten und umweltschädlichen Formen des Wirtschaftens festhalten. Entweder ignorieren wir das oder wir stellen die Weichen für einen Wandel. Dafür brauchen wir neue Narrative – von der Kita an. Narrative, die uns helfen, uns und unsere Bedürfnisse sowie die Grundpfeiler unseres Miteinanders neu zu definieren. Wenn der Wille in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft dazu da ist, geht das.



Serge Palasie | Fachpromotor Flucht, Migration und Entwicklung | September 2021
Der Autor ist für den Inhalt allein verantwortlich. Das Titelbild entstand zusammen mit zwei weiteren Gemälden für die Ausstellung „Sichert(e) sich auch unser Land einen Platz an der Sonne? Der lange Schatten der deutschen Kolonialzeit“
Mehr dazu siehe Link / QR-Code.

www.eine-welt-netz-nrw.de/fileadmin/ewn/data/Themen/Flucht_Migration/Begleitheft_Platz-Sonne_Schatten-Kolonialzeit.pdf





Träger der Fachstelle:

Eine Welt Netz  **NRW**

Die Fachstelle ist Teil des
Eine Welt-Promotor*innen-Programms.

 **Nordrhein-
Westfalen entwickeln**
für Eine Welt

mit der Unterstützung von

**ENGAGEMENT
GLOBAL** 
Service für Entwicklungsinitiativen

im Auftrag des

BMZ  Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

und der Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

